

## **Vorlage Stadtparlament**

**Datum** 9. Januar 2018  
**Beschluss Nr.** 1270  
**Aktenplan** 152.15.11 Stadtparlament: Postulate

### **Investiert die städtische Pensionskasse in fossile Energien?; Postulatsbericht**

#### **Antrag**

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Postulat „Investiert die städtische Pensionskasse in fossile Energien?“ wird mit dem vorliegenden Bericht beantwortet und als erledigt abgeschrieben.

---

Das Postulat „Investiert die städtische Pensionskasse in fossile Energien?“ wurde vom Stadtparlament am 23. Februar 2016 erheblich erklärt:

„Vor diesem Hintergrund bitten wir den Stadtrat, über die folgenden Fragen Bericht zu erstatten:

Wie viel Geld hat die Pensionskasse der Stadt St.Gallen über direkte oder indirekte Beteiligungen in Öl, Erdgas oder Kohle investiert?

Falls es fossile Investitionen gibt: Wie hoch wird der Wertverlust bei Einhalten des Klimaziels geschätzt? Wird dieses Risiko in der Anlagepolitik berücksichtigt?

Falls es fossile Investitionen gibt: Wie beurteilt der Stadtrat den Widerspruch zwischen den umweltpolitischen Zielen der Stadt und den fossilen Anlagen der Pensionskasse?

Zur Vereinbarkeit der Investitionenspolitik der Pensionskasse und der städtischen Klimapolitik stellt sich in einem weiteren Zusammenhang ausserdem folgende, durchaus klimarelevante Frage: Die Stadt St.Gallen hat den schrittweisen Atomausstieg beschlossen. Ist die Stadt St.Galler Pensionskasse direkt oder indirekt an der Produktion von Atomenergie beteiligt?

Falls (1) die Pensionskasse der Stadt St.Gallen tatsächlich Vorsorgegelder in fossile Energien angelegt hat oder (2) um solche Anlagen in Zukunft zu verhindern, wie müssten die gesetzlichen Grundlagen (z.B. das Pensionskassenreglement) geändert werden um eine ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltige Anlagepolitik zu gewährleisten?“

Der Stadtrat nimmt wie folgt Stellung:

## **1 Zur Zulässigkeit einer Einflussnahme der Stadt auf die Anlagestrategie**

Mit der Revision des Bundesgesetzes über die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenfürsorge (SR 831.40; abgekürzt BVG) vom 17. Dezember 2010 (in Kraft ab 1. Januar 2012 / 1. Januar 2014, AS 2011 3385) wurde ausdrücklich die Entpolitisierung der öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen bezweckt. Zu diesem Zweck wurden diese zwingend aus der Zentralverwaltung ausgegliedert und auch die Verantwortung für das operative Geschäft und die finanzielle Sicherheit dem obersten Organ (und nicht dem Gemeinwesen) übertragen (Art. 51a BVG; BBl 2008 8411, 8457 f., 8466; siehe hierzu auch Urteil des Bundesgerichts 2C\_6/2016 vom 18. Juli 2016, E. 3.4.2.).

Nach Art. 51a Abs. 1 BVG nimmt das oberste Organ der Vorsorgeeinrichtung die Gesamtleitung wahr. Es legt namentlich die Ziele und Grundsätze der Vermögensverwaltung und die Überwachung des Anlageprozesses fest und überwacht periodisch die mittel- und langfristige Übereinstimmung zwischen der Anlage des Vermögens und den Verpflichtungen (Art. 51a Abs. 2 lit. m und n BVG). Die mit der Geschäftsführung oder Verwaltung betrauten Personen müssen in ihrer Tätigkeit die Interessen der Versicherten wahren (Art. 51b Abs. 2 BVG). Die von der Vorsorgeeinrichtung abgeschlossenen Rechtsgeschäfte müssen marktüblichen Bedingungen entsprechen (Art. 51c Abs. 1 BVG). Die Vorsorgeeinrichtungen verwalten ihr Vermögen so, dass Sicherheit und genügender Ertrag der Anlagen, eine angemessene Verteilung der Risiken sowie die Deckung des voraussehbaren Bedarfs an flüssigen Mitteln gewährleistet sind (Art. 71 Abs. 1 BVG). Die Art. 49 ff. der Verordnung vom 18. April 1984 über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (SR 831.441.1; abgekürzt BVV2) enthalten eingehende Vorschriften über die zulässigen Vermögensanlagen. So muss die Vorsorgeeinrichtung ihre Vermögensanlagen sorgfältig auswählen, bewirtschaften und überwachen (Art. 50 Abs. 1 BVV 2). Die spezialgesetzlich vorgeschriebene Revisionsstelle prüft namentlich, ob die Vermögensanlage den gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen entspricht (Art. 52c Abs. 1 lit. b BVG). Die Aufsichtsbehörde sodann wacht darüber, dass die gesetzlichen Vorschriften eingehalten werden und das Vorsorgevermögen zweckmässig verwendet wird (Art. 62 Abs. 1 BVG).

Für die Pensionskasse Stadt St.Gallen (PK Stadt) stellt die paritätisch zusammengesetzte Verwaltungskommission das oberste Organ der Vorsorgeeinrichtung dar, welches für die Gesamtleitung verantwortlich ist. Gemäss Art. 51a Abs. 2 BVG gehören zu den unübertragbaren und unentziehbaren (d.h. sie können unter keinen Umständen aus innerem oder äusserem Anlass an andere Organe und / oder politische Ebenen übertragen werden) Aufgaben dieses Gremiums unter anderem:

- Festlegung der Ziele und der Grundsätze der Vermögensverwaltung sowie der Durchführung und Überwachung des Anlageprozesses;
- periodische Überprüfung der mittel- und langfristigen Übereinstimmung zwischen der Anlage des Vermögens und den Verpflichtungen.

Der Hauptfokus des Berufsvorsorgerechts liegt auf der Sicherheit und dem hinreichenden Ertrag der Vermögensanlagen (Art. 71 BVG). Von Gesetzes wegen entscheidet allein die Verwaltungskommission als oberstes Organ über die Anlagestrategie und die daraus folgenden Anlagen. Diese Aufgabe kann der Kommission weder entzogen werden noch kann die Kommission darauf verzichten.

Bei dieser Ausgangslage kann die Anlagestrategie nicht direkt durch die Stadt bzw. die Ausgestaltung der städtischen Erlasse, welche die Pensionskasse geschaffen haben, beeinflusst werden. Auf die Anlagestrategie kann mittels Einflussnahme auf die Wahl der paritätisch zusammengesetzten Verwaltungskommission Einfluss genommen werden, da diese verantwortlich für die Anlagestrategie der Pensionskasse ist. Über einen Austausch mit dieser Vertretung kann sich die Stadt einbringen. Jede direkte Einflussnahme seitens der Stadt St.Gallen würde ein Handeln der Aufsichtsbehörde nach sich ziehen, die den gesetzmässigen Zustand wiederherzustellen hätte.

## **2 Die Anlagepolitik der städtischen Pensionskasse**

### **2.1 Organisation**

Die Festlegung der Anlagestrategie obliegt – wie vorstehend bereits erläutert - abschliessend der Verwaltungskommission der PK Stadt, und die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber wie auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können einzig über die Wahl ihrer Vertretung indirekt Einfluss ausüben. Die PK Stadt kennt weiter einen Anlageausschuss, der sich mit der Vermögensbewirtschaftung befasst, alle anlagerelevanten Beschlüsse der Verwaltungskommission vorbereitet und deren Vollzug leitet sowie überwacht. Die Verwaltungskommission überprüft die Anlagestrategie regelmässig, um sie an neue Entwicklungen anzupassen.

### **2.2 Anlagestrategie**

Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben und der fehlenden Prognostizierbarkeit der Anlagen setzt die PK Stadt stark auf das Prinzip der Diversifikation. Dabei geht es darum, Klumpenrisiken zu vermeiden und das Vermögen auf viele verschiedene Anlagen zu verteilen. Es existieren keine direkten Beteiligungen an Produktionsanlagen für Atomstrom. Jedoch lässt sich nicht ausschliessen, dass sich im Portfolio der Stadt auch Aktien von Unternehmungen befinden, die sich Beteiligungen mit atomarem Charakter halten. Es ist hier anzumerken, dass es bei einem Anteil von Atomenergie am Strommix der Schweiz von rund einem Drittel unvermeidlich ist, dass diese Energie bei Anlagen der PK Stadt eine Rolle spielt. In Frankreich liegt der Anteil des Stromes aus atomaren und fossilen Quellen über 70 %, in Deutschland bei rund 65 % und in England bei rund 80 % (EU 2016 rund 70 %). Wollte man daher von gewissen Volkswirtschaften Abstand nehmen, müsste man auf Aktien aus diesen Ländern grundsätzlich verzichten. Dies würde das Anlageuniversum drastisch schrumpfen lassen.

### **2.3 Fossile Anlagen**

Direkte Investitionen der PK Stadt in Rohstoffe bzw. fossile Energien betragen insgesamt 0.0 % des Anlagevermögens per 30. November 2017. Die indirekten Investitionen in fossile Energieträger können nicht beziffert werden, da hier eine klare Abgrenzung gar nicht vorgenommen werden kann. Da die Einhaltung von Klimazielen nur zu langsamen Veränderungen führt, sind auch keine markanten Wertveränderungen von direkten Beteiligungen an nicht energieproduzierenden Unternehmungen oder von anderen Anlageformen (Bsp. Immobilien) zu erwarten.

### 3 Fazit des Stadtrates

Zum einen ist aufgrund der gesetzlichen Vorgaben die Verwaltungskommission als oberstes Organ für die Festlegung der Anlagestrategie durch den Gesetzgeber bestimmt, zum anderen hat die PK Stadt zur Zeit 0.0 % ihres Vermögens direkt in Rohstoffe bzw. fossile Energien investiert. Für den Stadtrat besteht daher kein weiterer Handlungsbedarf. Eine direkte Einflussnahme auf die Anlagestrategie ist von Bundesrechts wegen nicht zulässig, Direktinvestitionen in Rohstoffe bzw. fossile Energien sind per 30. November 2017 nicht vorhanden.

#### Anlagestrategie und strategische Bandbreiten

Anlagesegmente (mit Aufteilung Kollektivanlagen)	31.12.2016 Mio. CHF		31.12.2015 Mio. CHF		Limited BVV 2	Langfristige Zielsetzung	Taktische Bandbreiten
<b>Kurzfristige und liquide Mittel</b>	<b>87.3</b>	<b>6.5%</b>	<b>244.8</b>	<b>19.1%</b>	<b>100% a)</b>	<b>10.0%</b>	<b>2.0-25.0%</b>
Darlehen gegenüber Stadt St.Gallen	0.0	0.0%	17.3	1.3%	5% b)	0.0%	0.0-5.0%
Hypotheken	66.7	5.0%	69.6	5.4%	50%	5.0%	0.0-15.0%
Obligationen Schweiz (CHF)	91.1	6.8%	100.5	7.8%	100% a)	10.0%	5.0-18.0%
Obligationen Ausland	145.8	10.9%	131.0	10.2%	100% a)	8.0%	0.0-12.0%
Obligationen Investment Grade Ausland	28.2	2.1%	18.6	1.4%		0.0%	0.0-5.0%
Obligational EM hedged in CHF	0.0	0.0%	0.0	0.0%		0.0%	0.0-5.0%
Obligationen High Yield	45.8	3.4%	44.9	3.5%		4.0%	0.0-6.0%
Wandelanleihen	71.8	5.4%	67.5	5.3%		4.0%	0.0-6.0%
<b>Nominalwertanlagen</b>	<b>390.9</b>	<b>29.2%</b>	<b>563.2</b>	<b>43.9%</b>		<b>33.0%</b>	
<b>Aktien Schweiz</b>	<b>226.0</b>	<b>16.9%</b>	<b>155.0</b>	<b>12.1%</b>		<b>15.0%</b>	<b>7.0-19.0%</b>
<b>Aktien Ausland</b>	<b>274.0</b>	<b>20.5%</b>	<b>184.1</b>	<b>14.3%</b>	<b>50% c)</b>	<b>18.0%</b>	<b>10.0-22.0%</b>
<b>Immobilien</b>	<b>318.0</b>	<b>23.8%</b>	<b>286.6</b>	<b>22.3%</b>	<b>30% d)</b>	<b>26.0%</b>	<b>14.0-28.0%</b>
Immobilien Schweiz	282.1	21.1%	175.6	13.7%		26.0%	
Immobilien Schweiz Anlagestiftungen	0.0	0.0%	72.1	5.6%		0.0%	
Immobilien Schweiz Anlagefonds	0.0	0.0%	23.8	1.9%		0.0%	
Immobilien Ausland	35.9	2.7%	15.1	1.2%		0.0%	
<b>Alternative Anlagen</b>	<b>128.8</b>	<b>9.6%</b>	<b>94.6</b>	<b>7.4%</b>	<b>15%</b>	<b>8.0%</b>	<b>5.0-15.0%</b>
Taktische Umsetzung	52.1	3.9%	54.3	4.2%		4.0%	
Hedge Funds hedged CHF	49.2	3.7%	17.9	1.4%		0.0%	
Insurance linked Securities	0.0	0.0%	0.0	0.0%		2.0%	
Private Equity	20.2	1.5%	14.4	1.1%		2.0%	
Rohstoffe	7.3	0.5%	8.0	0.6%		0.0%	
<b>Sachwertanlagen</b>	<b>946.8</b>	<b>70.8%</b>	<b>720.3</b>	<b>56.1%</b>		<b>67.0%</b>	
<b>TOTAL Bilanzsumme</b>	<b>1'337.7</b>	<b>100.0%</b>	<b>1'283.5</b>	<b>100.0%</b>		<b>100.0%</b>	

a) maximal 10% pro Schuldner

b) die Limited von 5% betrifft ungesicherte Anlagen beim Arbeitgeber

c) die Limited von 50% gilt zusammen für Aktien Schweiz und Ausland, max. 5% pro Beteiligung

d) die Limited von 30% gilt zusammen für Immobilien Schweiz und Ausland, davon max. 10%

Immobilien Ausland, max. 5% pro Immobilie

Der Stadtpräsident:  
Scheitlin

Der Stadtschreiber:  
Linke

Beilage:  
Postulat vom 24.11.2015